WLZ: 21.05.2015

„Planung enthält grundlegende Fehler“

Bürgerinitiative lädt zum „Faktencheck Windenergie“ ins Korbacher Bürgerhaus

Die Energiewende „gescheitert“, die wirtschaftlichen Auswirkungen von Windparks verheerend – der „Faktencheck Windenergie in Hessen“ im Bürgerhaus geriet zur Abrechnung mit den Plänen der Politik.

VON DR. KARL SCHILLING

Beim „Faktencheck“: der Sprecher der Bürgerinitiative, Harald Saure, und die Referenten Dr. Detlef Ahlborn und Bernhard Klug.

Moderator Hans-Peter Osterhold sammelte beim „Faktencheck Windenergie“ Fragen und Kommentare der Besucher. Fotos: -sg-

Korbach. Die „Bürgerinitiative der Korbacher Ortsteile und der Kernstadt zum Erhalt des Naherholungsgebietes Korbach und des Naturparks Diemelsee“ hatte zu der Diskussionsrunde am Dienstagabend eingeladen, zwei meinungsstarke Referenten lieferten Studien und Statistiken, um den Widerstand gegen den nordhessischen Teilregionalplan Energie zu beflügeln.

Die Bürgerinitiative habe inzwischen mehr als 1600 Unterschriften gesammelt und eine Stellungnahme zum umstrittenen Plan abgegeben, berichtete ihr Sprecher Harald Saure. Er forderte ein „Gesamtkonzept für die Energiewende“.

Klug: Gefahr für Tourismus

Über wirtschaftliche Auswirkung der Windkraft auf Tourismus und Immobilien referierte der Vorsitzende des Landesverbands „Vernunftkraft Hessen“, Bernhard Klug, der von 1988 bis 2012 Bürgermeister in Trendelburg war. Hessen habe 31,2 Millionen Übernachtungen in der Saison 2013/14 verzeichnet, mit einem Jahresumsatz von etwa 12 Milliarden Euro sei die Branche ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch sie brauche eine intakte Landschaft, in der Gäste Ruhe und Erholung fänden.

Als Beispiel nannte er „Hessens höchste Stadt“ Ulrichstein im Vogelsberg. Dort sei die Zahl der Übernachtungen nach dem Bau eines Windparks in Sichtweite der Häuser von 99 023 im Jahr 1993 auf etwa 8500 im Jahr 2013 zurückgegangen. Eine Studie des Bundesverbands deutsche Mittelgebirge zur Akzeptanz von Windrädern zeige, dass für 26 Prozent der Befragten Anlagen an Aussichtspunkten oder Rad- und Wanderwegen ein Grund sei, in dieser Region keinen Urlaub zu machen.

Außerdem machte Krug einen „Werteverlust von Immobilien durch Windkraft“ aus, in Dänemark sei eine Ausgleichszahlung zur Entschädigung seit 2009 sogar gesetzlich geregelt. Weil die Lebensqualität durch die Windräder beeinträchtigt werde, sinke der Verkehrswert der Immobilien um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent, das ergebe sich aus einem Forschungsprojekt des Frankfurter Professors Jürgen Sasse.

Einen Frontalangriff auf die „Energiewende“ startete der Ingenieur Dr. Detlef Ahlborn. Sie sei längst „an den Gesetzen der Physik, der Statistik und der Ökonomie gescheitert“, urteilte er. Atom- und Kohlekraftwerke abzuschalten und die Versorgung komplett über erneuerbare Energien sicherzustellen, hält er für illusorisch, das sei eine „Propagandalüge“. Dafür schwankten die Leistungen von Wind- und Solaranlagen viel zu stark. Und sie seien nicht effizient genug: 2013 hätten die bundesweit rund 24 000 Windräder ganze 7,9 Prozent des Stroms erzeugt. Die „Grundlast“ trügen die Atomkraft und die Braunkohle.

Und dann erziele Windkraft an der Strombörse zu Spitzenzeiten auch noch „Negativpreise“: Händler müssten draufzahlen, um den Ökostrom überhaupt loszuwerden. Das zahlten letztlich die Stromkunden – die Investoren bekämen ihre Einspeisung ja fest vergütet.

Speicher unwirtschaftlich

Weiteres Problem sei die Speicherung. Ein Weg: „Power to Gas“: Mit Windenergie wird Methangas erzeugt, das bei Bedarf verstromt wird. Doch dabei betrügen die Verluste 70 Prozent, damit seien Speicher unwirtschaftlich. Um die Zielvorgaben des hessischen „Energiegipfels“ umzusetzen, seien rund 4700 Windräder erforderlich, rechnete er vor. Bei 470 Windparks müsse landesweit alle 6,5 Kilometer einer gebaut werden. Und wegen der Verluste bei den Speichern „brauchen Sie sogar doppelt so viel Windräder“: rund 10 000. Sein Fazit: „Die Planung in Hessen enthält grundlegende Fehler, die Zahlen sind falsch.“ Und es bleibe das Hauptproblem: Ohne Stromspeicher sei die „Energiewende“ nicht möglich, mit Speichern werde sie unbezahlbar.

Der Geschäftsführer der Gesellschaft Energie Waldeck-Frankenberg, Stefan Schaller, stimmte Ahlborn teilweise zu: Die Technik sei zu Beginn ignoriert worden, ebenso der europäische Markt. Er rief auf zu differenzieren: Windräder in der Tourismus-Hochburg Naturpark Diemelsee halte auch er für problematisch, aber in Gemünden drängten die Bürger die EWF-Tochter VEB, elf Anlagen zu bauen. Er forderte, intelligente Wege zu gehen. Er wolle Windräder bauen. Atomkraft und fossile Brennstoffe könnten „nicht die Lösung sein“.

Der Schutz des Menschen werde in der Winddebatte zu wenig beachtet, monierte der CDU-Landratskandidat Karl-Friedrich Frese. Auch das Kasseler Regierungspräsidium müsse etwa bei den Kriterien „neu überlegen“, es dürfe „nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden“.

Der Korbacher Bürgermeister Klaus Friedrich rief auf, „innezuhalten“ und sich mehr Zeit zur Diskussion zu nehmen. Die Sorgen und Ängste der Menschen müssten ernst genommen werden. Er kritisierte, dass der Teilregionalplan die „Umzingelung“ von Dörfern wie Vasbeck und Helmscheid mit Windrädern und den Schutz des Landschaftsbildes außer Acht lasse, außerdem seien Einzelgehöfte und Vogelhorste „vergessen“ worden. Auch die westfälischen Planungen würden in Kassel nicht berücksichtigt. Er rechne mit deutlich mehr „qualifizierten Einwendungen“ als beim ersten Entwurf, womöglich kippe der Plan dadurch.

Die „Mehrheit in der Region“ wolle nicht mehr Windvorrangflächen, dann dürfe die Politik in Wiesbaden nicht sagen, „das haben die da oben zu ertragen“. Sie müsse „differenzierter darangehen“. Außerdem gelte es, den derzeitigen „Riss“ durch die Dörfer zwischen Befürwortern und Gegnern von Windrädern zu überwinden und „einen vernünftigen Weg zu finden“.